

Zürcher Mietzins-Entlastung für die Wirte nach Basler Art

Albert Leiser von der FDP und Walter Angst von der AL wollen mit einem Vorstoss eine Welle von Gastrolokal-Schliessungen verhindern

ADI KÄLIN, FLORIAN SCHOOP

Am Morgen des 28. Oktobers steht Urs Pfäffli auf und weiss: «Ich muss zu machen. Ich muss mein Restaurant und meine Bar schliessen. Vier Monate früher als geplant.» Sein Restaurant heisst «Au Gratin» und befindet sich direkt am Zürcher Hauptbahnhof. Seine Bar, die «Newsbar», liegt gleich daneben. Pfäffli macht sich an diesem Tag auf zu seinem Arbeitsort, wo er seit 20 Jahren Wirt ist. Er trommelt seine Angestellten zusammen und muss ihnen sagen, dass sie ab Dezember keinen Job mehr haben. Dann sitzt er ins Büro und schreibt die Kündigungen. Für jeden einzelnen Mitarbeiter. «Das war sehr hart», erinnert sich Urs Pfäffli heute. Die Emotionen hätten ihn überrollt. Trauer, Wut, Verzweiflung, alles vermische sich. Hinzu kommen viele Aufgaben, die die Betriebsauflösung mit sich bringt: Geschirr verkaufen, Stühle, Tische, Besteck. Verträge kündigen, Behördengänge machen. «Das alles bedeutet einen unglaublichen psychischen Stress.»

So wie Urs Pfäffli geht es derzeit vielen Wirten. Aber auch vielen Betreiberinnen und Betreibern von Geschäften. Vor allem ein Posten drückt ihnen während der Corona-Krise aufs Portemonnaie: die Miete. Monatlang haben National- und Ständerat eine Lösung für dieses Problem vor sich hergeschoben. Anfang Dezember aber kommt aus Bern die Absage: Das sogenannte Geschäftsmietengesetz scheitert. Somit sind auf politischer Ebene neue Lösungen gefragt. Aber welche? In der Stadt Zürich kommt es zu einem Zusammenschluss, der einige wohl überrascht. Albert Leiser, FDP-Gemeinderat und Direktor des Zürcher Hauseigentümerverbands



Damit nicht noch mehr Wirte ihr Geschäft aufgeben müssen, soll die Stadt Zürich ihnen unter die Arme greifen.

KARIN HOFER / NZZ

ihren Laden oder ihr Restaurant nicht mehr betreiben konnten.

Die spezielle Koalition hat zwar gelegentlich schon gespielt, wenn es um die Senkung von Gebühren ging. Nun hat es aber auch im Bereich der Mieten funktioniert. Bei der Vorstellung des Vorstosses im Parlament am Mittwoch sprach Leiser denn auch von einem «historischen Postulat», das man eingereicht habe – wohl in Anspielung auf den «historischen Kompromiss» zwischen links und rechts bei den Parkplätzen.

Das Postulat von Leiser und Angst schlägt nun eine Unterstützung analog dem sogenannten Basler Modell vor. Das funktioniert so: Der Kanton Basel-Stadt übernimmt für die Lockdown-Monate April, Mai und Juni ein Drittel der Mietkosten. Die Betreiberinnen und Betreiber von kleineren und mittelgrossen Geschäften müssten für diesen Zeitraum bloss ein Drittel bezahlen – jedoch nur, wenn die Vermieter einwilligen, ihrerseits auf ein Drittel der Miete zu verzichten. Das Modell beruht auf Freiwilligkeit. Weigert sich ein Vermieter, platzt der Deal.

Die Basler Aktion läuft unter dem Titel «Drei-Drittel-Rettungspaket». Die Hilfe greift bei Monatsmieten unter 6700 Franken. Die Lösung stiess auf grosses Interesse. Per Ablauf der Frist Ende

September wurden über 1500 Beitragsgesuche eingereicht. Und Ende Oktober waren rund drei Viertel von ihnen bereits genehmigt und ausbezahlt. Insgesamt muss der Kanton rund 5,5 Millionen Franken für die Mietzinshilfen aufwerfen.

Wie die Zürcher Lösung dereinst konkret aussehen könnte, ist noch nicht klar. Und das ist bewusst so gewählt. Leiser und Angst haben sich für ein Postulat entschieden, das dem Stadtrat viel Handlungsspielraum gewährt. Deshalb sind auch viele Fragen offen, etwa zu den Anspruchsberechtigten oder der Höhe eines möglichen Rahmenkredits. Albert Leiser hofft nun, dass das Postulat rasch überwiesen wird und der Stadtrat möglichst schnell eine entsprechende Weisung ans Parlament ausarbeitet.

Das hofft auch Urs Pfäffli. Er ist nicht nur Wirt, sondern auch Präsident von Gastro Zürich-City. Und in dieser Funktion ist er froh, dass nun endlich etwas in Sachen Geschäftsmieten geht. «Nun gilt die Ausrede einiger Vermieter nicht mehr, man müsse erst den Entscheid des Bundesparlamentes abwarten.» Pfäffli hofft deshalb, dass das Vorhaben etwas ins Rollen bringt. Gleichzeitig relativiert er. Nicht nur die Lockdown-Monate seien hart gewesen. «Die gesamten vergangenen Monate seit dem Ausbruch des Coronavirus waren es.»

Mit Sorge blickt er nun auf die Pressekonferenz des Bundesrates vom Freitag. «Sollten wirklich alle Restaurants bereits um 19 Uhr schliessen, kommt das einem Lockdown gleich.» Pfäffli weiss bereits von grösseren Gastronomen aus Zürich, die in einem solchen Fall ihren Betrieb gleich ganz schliessen – und zwar bis Ende Januar. «Für die meisten ist es teurer, wenn sie geöffnet bleiben.» Er fordert deshalb weitere Unterstützungen, massgeschneiderte Unterstützungen. «So könnten Wirte etwa für jene Einbussen entschädigt werden, die klar auf die Folgen der Pandemie zurückzuführen sind.» Dennoch betont Pfäffli im Hinblick auf die mögliche Zürcher Lockdown-Lösung: «Wir sind dankbar für jede Etappe, die wir abschliessen können.» Wie schnell das geht, hängt davon ab, wie mehrheitsfähig der Vorschlag von Leiser und Angst ist. Im Parlament zeichnet sich eine breite Unterstützung ab. In der Budgetdebatte vom Mittwoch signalisierte die SVP bereits, dass man mit ihr durchaus über die Lösung sprechen könne, und auch die Grünen zeigten gewisse Sympathien.

Die Frage ist noch, wie sich die SP verhält. Laut dem Fraktionspräsidenten Davy Graf wird man zur Realisierung des Vorhabens Hand bieten. «Ich sehe keinen Punkt, der dagegen spricht.»

Jede Lösung, die dem Gewerbe die Mietlast erleichtere, sei zu begrüssen. Ganz auf Seitenhiebe verzichten kann Graf dann aber doch nicht. Es sei schon speziell, dass der Hauseigentümerverband «nun wie die alte Fasnacht» daherkomme, meint der SP-Gemeinderat. «Monatelang behauptete man, Mieterinnen und Vermieter müssten einfach zusammensitzen. Es würde sich dann schon eine Lösung bieten.» Dass nun doch der Staat einen Teil der Kosten übernehmen soll, zeige, dass dieses Konzept nicht überall funktioniert habe. Eine «Flexibilität im Denken» hätte sich Graf gewünscht. «Der Vorschlag kommt spät, aber Hauptsache, er kommt.»

Dieser Sicht widerspricht der Mitinitiator und Zürcher HEV-Direktor Albert Leiser. «Wir haben keineswegs getrodelt.» Bereits im Mai habe man bei der Stadt angefragt, ob sie eine Drittelslösung unterstützen würde. Damals lehnte die Regierung das Vorhaben noch ab – mit Verweis auf die da noch ausstehende Debatte des Geschäftsmietengesetzes im National- und Ständerat. «Nach dessen Scheitern Anfang Dezember haben wir gleich unseren Vorstoss präsentiert», sagt Leiser, «wir waren also nicht sehr langsam, sondern vielmehr sehr schnell.»

Überwiesen werden dürfte das Postulat bereits in der nächsten Woche. Damit könnte die erste Hürde rasch genommen werden. Auf Twitter deutete Walter Angst an, dass bereits im Februar ein Entscheid möglich sei – wenn Stadtpräsidentin Corina Mauch und der Finanzvorstand Daniel Leupi wollten.

«Mein Körper hat gezittert»

Ob auch Urs Pfäffli persönlich davon profitieren kann, ist fraglich. Bereits im Frühling hatte er mit seiner Vermieterin, der Liegenschaftsbesitzerin PSP, versucht, eine Mietzinsreduktion zu erreichen. Ohne Erfolg. Pfäffli überwies schliesslich nur noch Teile der Miete – worauf ihn die PSP betrieben hat. Nun muss das Gericht entscheiden, wie es in diesem Streit weitergeht. Das dürfte noch einige Zeit dauern.

Ohnehin ist für Pfäffli mit der Schliessung der «Newsbar» und des «Au Gratin» das Kapitel noch längst nicht abgeschlossen. Auch mental. «Als ich letztes beim Bahnhofplatz vorbeigefahren bin, hat mein Körper gezittert.» Er befindet sich mitten im Verarbeitungsprozess. Auch das Schlafen falle ihm noch schwer. «Dennoch bin ich sicher: Ich habe die richtige Entscheidung getroffen.» Als er Ende November die Schlüssel abgibt, spürt er ein neues Gefühl. Das erste Mal seit 25 Jahren hat er keinen eigenen Betrieb mehr. «Ich konnte wieder durchatmen», erinnert sich Pfäffli, «darauf habe ich mich fast ein bisschen gefreut.»



Urs Pfäffli
Präsident
von Gastro Zürich-City

(HEV), kooperiert in dieser Frage ausgerechnet mit Walter Angst von der Alternativen Liste (al.), dem Kommunikationschef des Zürcher Mieterverbands.

Ein «historisches Postulat»

Der Vertreter der Vermieter und Vermieterinnen und der Vertreter der Mieterinnen und Mieter machen also gemeinsame Sache. Zusammen wollen sie jenen Mietern von Geschäftsliegenschaften helfen, die während des Lockdowns im Frühling

Protestbrief nach Bern

Die Zürcher Regierung nimmt nicht an der Minivernehmlassung teil – schweigen will sie aber trotzdem nicht

NILS PFÄNDLER

Der Bundesrat ist der Zürcher Regierung diese Woche öffentlich an den Karren gefahren. Nachdem die Kantonsregierung am Dienstag nachmittag neue Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie bekanntgegeben hatte, überrollte sie die Landesregierung nur Stunden später mit ihren Plänen für neue landesweite Einschränkungen. Dem Bundesrat gingen die Verschärfungen der Zürcher und anderer Deutschschweizer Kantone offensichtlich zu wenig weit.

Unter Verschluss

Die bundesrätlichen Vorschläge sind seither in einer Minivernehmlassung. Am Freitag will der Bund über die weiteren Schritte informieren. Die Kantone

hätten ihre Anliegen also innert zwei Tagen anbringen müssen. Doch nun zeigt sich: Zürich macht bei diesem Austausch nicht mit. Wie der Sprecher Andreas Melchior auf Anfrage der NZZ sagt, hat der Regierungsrat am Dienstag erklärt, wie er weiter vorgehen wolle. «Es macht daher keinen Sinn, sich anlässlich dieser erwähnten Konsultation umfassend materiell zu äussern.»

Stattdessen richtet sich der Regierungsrat in einem Schreiben an den Bund. Darin wolle er «seine staatspolitischen Bedenken zum Vorgehen des Bundesrats» äussern. Was genau in dem Brief steht, ist nicht bekannt. Der Regierungsrat behielt ihn am Donnerstag unter Verschluss. Die Regierungsräte dürften darin allerdings schärfere Töne anschlagen, als sie dies zuvor in aller Öffentlichkeit gemacht hatten. Am Mittwoch

kommentierten sie das Verhalten des Bundesrats gegenüber den Medien nur knapp. Man sei «überrascht und irritiert», hiess es, und werde das dem Bund auch entsprechend kundtun. Dem Regierungsrat sei eine konstruktive Zusammenarbeit mit Bundesbern wichtig.

Regeln mit Ablaufdatum

Wie viel Mitspracherecht die Kantone bei den neuen Massnahmen des Bundesrats haben, ist fraglich. Gesundheitsminister Alain Berset machte bereits am Dienstag klar, wer die Zügel in den Händen hält: «Natürlich werden die Kantone jetzt in der Vernehmlassung gefragt. Aber danach liegt die Entscheidung beim Bundesrat.»

Im Kanton Zürich sind am Donnerstag derweil die regierungsrätlichen Mass-

nahmen in Kraft getreten. Die punktuellen Verschärfungen – wie das temporäre Verbot von Sonntagsverkäufen oder die Sperrstunde um 22 Uhr – hätten eigentlich bis am 10. Januar gelten sollen. Nun dürften viele aber ihr Ablaufdatum eher erreichen. Geht es nach der Landesregierung, wird dann eine nationale Sperrstunde um 19 Uhr eingeführt, Sonntagsverkäufe und Veranstaltungen werden verboten und für private Treffen eine Obergrenze von fünf Personen aus zwei Haushalten festgesetzt.

Nur wenige Zürcher Regeln würden dann ihre Gültigkeit behalten. So zum Beispiel die Schliessung der Bordelle und Casinos oder die generelle Sperrstunde für Läden und Restaurants um 22 Uhr – auch an Silvester. Viele andere Regeln wären zwei Tage nach ihrer Einführung aber bereits Makulatur.

ANZEIGE

FREIES GYMNASIUM ZÜRICH
gegründet 1888

Von der Vorbereitungsklasse
bis zur Maturität:
anspruchsvoll und familiär

Die Privatschule
fürs Leben

The monolingual and
bilingual way at FGZ

www.fgz.ch